

Newsletter Kernenergie Juli 2025

Anlässlich der Veröffentlichung seines neuen Buches „Wot se Fack Deutschland“ wurde der Physiker, Kabarettist und Bestseller Autor Vince Ebert (Lichtblick statt Blackout) gefragt was er zur neuen Regierung zu sagen hat: „Viele hatten große Hoffnungen, inzwischen glaube ich, die neue Regierung ist von den derzeitigen Problemen so dermaßen fasziniert, dass sie es eigentlich viel zu schade fände, sie zu lösen.“

Diese Einschätzung von Vince Ebert hat sich auch in den vergangenen vier Wochen bestätigt.

Spätestens nach der Veröffentlichung der internationalen Umfrage „Perspectives on the German Energy Transition: a Global Survey“ des Weltenergierats am 30. Juni 2025 hätten bei der Regierung die Alarmglocken Sturm läuten müssen. Energiefachleute aus 49 Staaten innerhalb und außerhalb der Europäischen Union gaben der deutschen Energiewende ein denkbar schlechtes Zeugnis: nicht nachahmenswert, zu teuer, nicht zielorientiert da ohne Kernenergie die Klimaziele nicht erreicht werden. Jedes Unternehmen hätte nach solch einem vernichtenden Urteil sofort reagiert und seine bisherige Strategie zumindest in Frage gestellt. Nicht so bei der deutschen Politik. Im Gegenteil: mit wachsender Unbelehrbarkeit werden im energiepolitischen Kampf gegen den Klimawandel neue Schuldige gesucht. Dabei tut sich insbesondere der SPD Umweltminister Carsten Schneider hervor. Seine neueste Erkenntnis gab er jetzt in der Rheinischen Post zum Besten: "Der Klimawandel und die anderen großen Umweltprobleme sind die größte soziale Frage unserer Zeit. Es sind nicht die Menschen mit kleinem Geldbeutel, die das Problem verursachen, weder bei uns noch in anderen Teilen der Welt. Den größten ökologischen Fußabdruck haben die Reichen und Superreichen mit ihrem Konsum und ihren Aktienportfolios."

Welche Fakten Herrn Schneider zu dieser Erkenntnis führten verrät er uns nicht. Welche Absicht dahinter steckt wird im weiteren Interview aber schnell klar. Wichtig ist laut Schneider, "dass die Umstiegshilfen auf klimafreundliche Alternativen vor allem denen zugutekommen, die sie am dringendsten brauchen. Bisher landen noch zu viele Fördermittel bei denen, die eh schon viel haben. Das muss sich ändern, wenn wir es schaffen wollen, die gesamte Gesellschaft mitzunehmen." Das Ziel heißt also – wie sollte es bei der SPD anders sein - Umverteilung. Dabei versagt die SPD gerade aktuell bei diesem Thema: statt die Stromsteuer für alle zu senken hält die SPD stur an den EEG Entgelten fest mit denen privilegierte Einspeiser von Windkraft und Photovoltaik auch noch nach fast 30 Jahren gefördert werden. Im Jahr 2024 konnten diese EEG Entgelte nur mit Hilfe von 18,5 Milliarden Euro aus Steuermitteln ausgezahlt werden. Denn die Netzbetreiber sind nach wie vor verpflichtet den regenerativen Strom zu den gesetzlich festgelegten EEG-Entgelten abzunehmen ob er nun gebraucht wird oder nicht. Sind die Preise an der Strombörse niedriger oder sogar negativ, entstehen Verluste für die der Steuerzahler haftet und nicht der Erzeuger des regenerativen Stroms. In unserer Gesellschaft wird oft und gern über Steuergerechtigkeit gesprochen. Das EEG bleibt bei dieser Diskussion bis jetzt außen vor, obwohl es zunehmend ein Hauch von Asozialität umgibt. Das sollte auch Herrn Schneider bekannt sein.

Bekannt ist Herrn Schneider offensichtlich nicht, dass Deutschlands Fußabdruck zu den weltweiten CO2 Emissionen bei gerade mal 2 Prozent liegt. Das sind weniger als 7 Prozent der CO2 Emissionen Chinas. Da China pro Jahr dreimal so viel Kohlekraftwerke baut wie

Deutschland bis 2035 außer Betrieb nehmen will, wird sich daran auch nichts ändern. Die Energiewende und der weitere ungebremste Ausbau von Windkraft und Fotovoltaik leistet auch seinen Anteil der CO2 Emissionen Chinas: 87 Prozent der in Deutschland installierten Fotovoltaik Anlagen werden in China mit 57 Prozent Kohlestrom und einem Strommix von 510 Gramm CO2 pro Kilowattstunde hergestellt. Auch bei den Windturbinen stammen mittlerweile mehr 60 Prozent der Komponenten aus China.

Angesichts dieser Fakten will Herr Schneider mit seiner Aussage, dass die Reichen und Superreichen mit ihrem Konsum und ihren Aktienportfolios für den größten ökologischen Fußabdruck verantwortlich sind, offensichtlich mit einer neuen Klassenkampf Diskussion von den real existierenden Problemen Energiewende ablenken. Das erinnert stark an die Reden Honeckers in den letzten Zügen der DDR.

Anstatt die Befragung des Weltenergiebedarfes von Energiefachleuten aus 49 Ländern ernst zu nehmen und die Energiewende auf den Prüfstand zu stellen und zu hinterfragen werden auch von dieser Regierung immer wieder neue Versuche unternommen um die Energiewende zu retten. Keiner dieser Versuche, auch nicht der Bau von noch so vielen Gaskraftwerken führt aus der „Sackgasse Energiewende“, sondern geradewegs auf die Wand am Ende der Gasse. Da man in der Sackgasse die Orientierung zur Umwelt verliert ist die einzige Dekarbonisierung die von der deutschen Politik erfolgreich betrieben wird, die Dekarbonisierung durch Deindustrialisierung. Global gesehen werden damit die CO2 Emissionen aber eher steigen statt sinken.

Hoffnung macht allein, dass ausgerechnet die von der Regierung beabsichtigte Festschreibung des Klimaschutzes im Grundgesetz eine Wende bringen könnte, denn damit hätten nach internationaler Lesart alle Maßnahmen die dem Klimaschutz dienen Vorrang, auch die Kernenergie.

Nun noch kurz zu einem anderen, politisch seit Jahren verschleppten Thema: der nuklearen Endlagerung. Dass die Endlagerung technisch machbar ist haben Schweden und Finnland bereits erfolgreich unter Beweis gestellt. Dass die Endlager Suche in Deutschland seit Jahrzehnten von den Grünen aus ideologischen Gründen blockiert wird, offenbart nun ein Brandbrief der Beschäftigten des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung an den zuständigen Umweltminister Carsten Schneider. (SPD).

<https://apollo-news.net/grne-geldverschwendung-selbstbedienung-und-partecipolitik-anonymer-brief-erschtert-atomml-behrde/>

Dann hoffen wir mal, dass sich die von Vince Ebert festgestellte Faszination der Regierung von den derzeitigen Problemen legt und stattdessen real existierende Probleme gelöst werden.

Es grüßt Sie bis zum nächsten Newsletter

Ulrich Gräber
ugraeber@t-online.de
+49 151 62817656



Ulrich Gräber geboren am 11. August 1948 studierte Maschinenbau und Betriebswirtschaft. Er startete seine berufliche Laufbahn bei der Kraftwerk Union AG (KWU) 1974, bei der er als Projektingenieur an der Planung und Errichtung beider Blöcke des Kernkraftwerks Philippsburg beteiligt war.

Von 1977 bis 1980 wirkte er bei Lahmeyer International u.a. an der Planung des deutschen Entsorgungszentrums für radioaktive Abfälle in Gorleben mit. 1981 wechselte Ulrich Gräber zur Motor Columbus/Colenco. Ab 1988 leitete er als Geschäftsführer die deutschen Niederlassung Colenco GmbH. In dieser Zeit war er Mitglied der Projektgruppe für die Planung und Errichtung des Kernkraftwerks Neckarwestheim II.

1991 wurde er Partner und geschäftsführender Gesellschafter der BTB Jansky GmbH. Schwerpunkte seiner Tätigkeit waren die Reorganisation von Kernkraftwerks-Betriebsorganisationen, sowie die Implementierung von nachhaltigen Programmen zur Effizienzsteigerung des Betriebs und der Instandhaltung.

1998 wurde Ulrich Gräber in den Vorstand der EnBW Kraftwerke AG berufen und war verantwortlich für das Technikressort. Im Zuge der Bildung der EnBW hat Herr Gräber sowohl als Berater und später als als Vorstand der Kraftwerksgesellschaft an der Verschmelzung mehrerer südwestdeutscher EVU zur EnBW mitgewirkt. Er hat umfassende Erfahrungen bei einer Verschmelzung und Neuausrichtung von Unternehmen zu beachtenden unternehmens-, arbeits- und vor allem atomrechtlichen Aspekten.

2002 machte er sich als Unternehmensberater im Bereich Energiewirtschaft & Energietechnik selbstständig. In dieser Zeit wirkte Ulrich Gräber außerdem aktiv am Aufbau des Zentrums für Energieforschung Stuttgart e.V. an der Universität Stuttgart mit dessen Geschäftsführung er von 2002 – 2005 innehatte.

Von 2007 bis Anfang 2012 war Ulrich Gräber Vorsitzender der Geschäftsführung der AREVA NP GmbH und Mitglied des EXCOM der Areva NP in Paris. In seiner Amtszeit wurden über 2500 Ingenieure neu eingestellt. In seiner Funktion als Chef der AREVA Deutschland hat er darüber hinaus aktiv am Zusammenwachsen der deutschen Siemens Nuklear Sparte mit der französischen Areva mitgewirkt.

Nach Beendigung seiner „operativen Laufbahn“ Anfang 2012 widmet sich Ulrich Gräber dem Consulting im Energiebereich und der Kernenergie.